V2-B Mit linkem Antifaschismus in die Offensive!

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	18.11.2018
Tagesordnungspunkt:	0 Beschlüsse

Mit dem Erstarken rechter Kräfte, das wir überall auf der Welt beobachten müssen, ist die Relevanz antifaschistischen Engagements für große Teile der gesellschaftlichen Linken wieder deutlich geworden. Gleichzeitig war diese Notwendigkeit für Betroffene und aktive Antifaschist*innen nie unsichtbar. Im Gegenteil ist rassistische und faschistische Gewalt eine Kontinuität, die beispielsweise für PoC, Refugees, LSBTIQ*-Personen so wie viele diskriminierte Gruppen und Antifaschist*innen immer eine Gefahr und damit immer präsent war. Diese Realität erkennen wir an. Wir solidarisieren uns mit allen Betroffenen faschistischer und rassistischer Gewalt sowie allen Antifaschist*innen, die sich Nazis und Rassist*innen teilweise tagtäglich in den Weg stellen.

Insbesondere Antifaschist*innen werden für ihre Arbeit oft von "Konservativen" und "Liberalen" kriminalisiert. Dabei ist ziviler Ungehorsam gegen Nazis nicht nur legitim, er ist notwendig. Und auch antifaschistische Recherchepraxis erscheint im Angesicht eines versagenden Staates als logische und notwendige Konsequenz.

Für uns ist aber auch klar, dass folgende Faktoren für den Erfolg antifaschistischer Arbeit eine wichtige Rolle spielen:

- Eine Mobilisation, die allein auf moralischer Überlegenheit basiert, kann auf Dauer nicht funktionieren. Nazis nur als "rechte Arschlöcher" zu betiteln und mit Festen und Konzerten die eigene moralische und vermeintlich auch intellektuelle Überlegenheit zu feiern, dient nicht der erfolgreichen Bekämpfung der Rechtsentwicklung, sondern wesentlich dem, dass sich alle Beteiligten moralisch besser fühlen können, indem sie sich als Gegenpol zu einer als amoralisch bezeichneten politischen Haltung profilieren können.

- Niemand wird als Vertreter*in rechter Ideologien geboren, sondern von seiner*ihrer Sozialisation und den gesellschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der sozialen Lage, dazu gemacht. Diese Verhältnisse sind veränderbar - Antifaschismus muss daher auch heißen, "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein

verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Marx). Für die gesellschaftlichen Verhältnisse ist die gesamte Gesellschaft verantwortlich, nicht die Menschen als Einzelne.

- Der Gegenpol zu "politisch Rechts" ist nicht einfach "nicht Rechts", sondern explizit links zu verorten. Mit der Suggestion, dass es ausreichen würde, "nicht rechts" zu sein, wird die Definition der (zurzeit bürgerlichen) Mehrheitsgesellschaft, was denn "rechts" genau ist, akzeptiert. In Zeiten neoliberaler Hegemonie führt das dazu, dass ausgerechnet der Neoliberalismus gegen den Vorwurf, rechts zu sein, immun wird. Dabei gibt es wesentliche Schnittmengen zwischen Neoliberalismus und offen rechter Ideologie: Zum Beispiel betrachtet der Neoliberalismus extreme ökonomische Ungleichheit als normal oder sogar als gerecht - der Schritt zu einer Befürwortung von Ungleichheit zwischen Menschen verschiedener Nationen, verschiedener Ethnien, verschiedener Geschlechter, sexueller Orientierungen etc., wie es Rechte propagieren, ist dann nicht mehr weit. Die wirklich antifaschistische Gegenposition muss links sein - das Forderung nach Gleichheit, Gerechtigkeit und ein Leben in Würde widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung wie auch der offen rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres prägnantes Beispiel für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der Neoliberalismus zu einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens erklärt. Dass persönliches Glück getrennt vom Glück der Mitmenschen realisierbar sei und man dafür Karriere machen müsse, führt zu der Behauptung, dass man sich gegen andere durchsetzen müsse, um das eigene Glück zu mehren. Angewandt auf scheinbar homogene Gruppen wie Nationen oder Ethnien, bedeutet dieses Prinzip den Kampf der Nationen und Ethnien gegeneinander - was an sich schon rechts ist; noch konsequenter angewandt bedeutet das den puren, rechtsextremen Sozialdarwinismus. Positiv davon abgrenzen kann sich wiederum nur das linke Ideal, dass eine Orientierung am Allgemeinwohl fordert und den Menschen als gesellschaftliches, solidarisches Wesen erkennt, dass nicht auf Kosten, sondern mit anderen das eigene Glück mehren kann. Nichtsdestotrotz müssen wir auch von konservativen oder neoliberalen Kräften verlangen, dass sie sich im Kampf gegen Antidemokrat*innen sowie rassistische und faschistische Gewalt auf die Seite der Betroffenen und der Gegendemonstrierenden stellen.

- Ein Teil des Erstarkens rechter Kräfte kann dadurch erklärt werden, dass der Neoliberalismus den Menschen als gesellschaftliches Wesen unterdrückt und stattdessen die Vereinzelung und den Wettbewerb zwischeneinander propagiert und herstellt. Das führt bei vielen Menschen zu einem Gefühl der Entwurzelung, des Verlusts gesellschaftlichen Miteinanders und der Einsamkeit. Und dies ist nicht nur ein Gefühl. Tatsächlich wird das Sozialsystem zusammengeschrumpft, Infrastruktur wird abgebaut und so eine bewusste Segregation vorangetrieben. Daran kann die Rechte anknüpfen, indem sie ein neues gesellschaftliches Miteinander im Rahmen eines nationalen Kollektivs verspricht, das sich wesentlich durch Abgrenzung

gegenüber anderen, insbesondere Minderheiten und Linke, definiert. Wenn Antifaschismus als reine moralische Abgrenzungshaltung und gesellschaftliche Ausgrenzung verstanden wird, entstehen einfach nur zwei Lager, die sich beide wesentlich durch die Abgrenzung vom jeweiligen Gegenübers definieren. Linker Antifaschismus muss es stattdessen schaffen, eine Brücke des gesellschaftlichen Miteinanders zu bauen, die der neoliberalen Vereinzelung einen progressiven Gegenentwurf gegenüberstellt und damit anschlussfähig ist an Menschen, für die die neoliberale Vereinzelung Entwurzelung und Einsamkeit bedeutet. Dieser Gegenentwurf muss die Utopie einer solidarischen Gesellschaft sein und das konkrete Handeln muss Solidarität heißen!

Fazit

Die GRÜNE JUGEND vertritt konsequent explizit linken Antifaschismus.

Uns ist es wichtig, dass Antifaschismus nicht die bloße Verteidigung des (neoliberalen) Status' Quo ist, sondern immer kämpferisch in Richtung einer befreiten Gesellschaft streitet. Das wird deutlich, indem wir als GRÜNE JUGEND unser Mitwirken an der Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse und insbesondere der Beantwortung der sozialen Frage deutlich machen - und unseren solidarischen Gegenentwurf zum neoliberalen Status Quo formulieren, aufzeigen und praktizieren.

Die GRÜNE JUGEND ist der Überzeugung, dass ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Rechten deren Framing-Strategien sind. Das heißt, dass rechte Diskurse die politische Debatte dominieren, weil sie, unter anderem, immer wieder durch bewusste Provokationen in den Vordergrund gestellt werden. Wir wollen linke Diskurse in der Gesellschaft wieder stärker nach vorne stellen, weil wir der Überzeugung sind, dass dies wesentlich für eine erfolgreiche Bekämpfung rechter Positionen ist. Wir erarbeiten dafür Ansatzpunkte und werden diese weiter diskutieren. Der Bundesvorstand und das zuständige Fachforum werden damit beauftragt, diese Diskussion aktiv und moderierend mitzugestalten.

Die GRÜNE JUGEND wirkt darauf hin, in antifaschistischen Demobündnissen, Zusammenschlüssen und sonstigen politischen Kontexten die oben beschriebene Erkenntnis durchzusetzen und zu kommunizieren. Das heißt **nicht**, die Spaltung von eher liberalen Antifaschist*innen zu betreiben, aber diesen muss sehr wohl vor Augen geführt werden, dass der neoliberale Status Quo nicht mehr tragfähig ist und sie sich langfristig zwischen der Dystopie der Rechten und einer linken, solidarischen Alternative entscheiden müssen.